

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 126

Sonnabend, den 2. Juni 1923

18. Jahrgang

Spezial durch unsern Boten
im Monatslohe 400 Mark.
Anzeigen nehmen die Anzeigen-
leitung entgegen. — Abdruck
nach Aufschlag Nr. 33.
Programme: Tageblatt Erzgebirge.

Einhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Abbestellungspreis für Abbestellung
Partielle für Anzeigen und nur
Umgesetzt 400 Mark, ansonsten
Anzeigen 400 Mark, amtliche Holz
1000 Mark, Kollisions-Partiale 1000
Mark. — Bei größeren Abmäßen
entsprechender Rabatt.
Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Politische Wochenschau.

Von Oberbürgermeister Dr. R. L. J., M. d. R.

Einigung zwischen Türken und Griechen, Kabinetts-
krise in Polen und in Spanien, Revolution in Bul-
garien — In normalen Zeiten würde die Presse über
solche Ereignisse mindestens je einen Leitartikel ver-
breiten, heute geht selbst der künftige Außenpo-
litiker fast achselzuckend an ihnen vorbei, so sehr wird die
ganze Aufmerksamkeit von dem Ruhrproblem in An-
spruch genommen und von den Schritten, welche die
Reichsregierung hier zu tun sich anschaut. Jeder hat
das instinktive Gefühl, daß es Entscheidungen von
ungeheurer Schicksalschwere sind, die in den
nächsten Tagen getroffen werden müssen.

Das Garantieangebot der deutschen Industrie
hat der Regierung für ihre Entscheidungen neues Ma-
terial, aber auch manche neue Sorge gebracht. Von der
Parteien Gunst und daß verwirrt wird das Urteil über
dieses Dokument noch lange schwanken, auch dann noch,
wenn sich in den am Dienstag wieder zusammentretenden
Reichstag die parlamentarische Kritik zu der publi-
zistischen gesellen wird. Eine gute, opferwillige Tat,
aber in ihren Wirkungen geschwächt und gehemmt durch
die Form und durch entbehrliches Bedenken — dieses
Gesamtergebnis wird man schon heute fassen können.
Menschliche und politische Psychologie ist nie die starke
Seite des Deutschen gewesen; diese Wahrheit findet sich
auch wieder in dieser Kundgebung des Reichsverbandes
der deutschen Industrie verkörpert und sie läßt den
guten und überaus brauchbaren Kern des Angebotes
nicht mit ungetrübter Klarheit hervortreten.

Als ganz wesentlicher Fortschritt ist es zu betrach-
ten, daß eine so hervorragende Organisation der deut-
schen Wirtschaft sich zu positiven und konkreten Lei-
stungen bereit erklärt und damit endlich im Inlande
und Auslande den Gesamteindruck festigt, daß auch die
Schwerindustriellen entschlossen sind, für die Freiheit des
deutschen Volkes erhebliche Opfer zu bringen. Die
Grundgedanken, von denen die Vertretung der Indu-
strie dabei ausgeht, sind durchaus richtig. An sich wie
nach den Bestimmungen von Versailles haftet für die
Erfüllung unserer Verpflichtungen nicht die deutsche
Privatwirtschaft, sondern das Reich mit seinem Ver-
mögen und seinen öffentlichen sowie privatwirtschaft-
lichen Einnahmen. Das Reich als staatlich verkörperte
Organisation des deutschen Volkes hat das Recht und
unter Umständen die Selbsthaltungspflicht, die Lei-
stungsfähigkeit der Privatwirtschaft zur Sicherung seiner
eigenen Leistungen heranzuziehen. Das Schreiben des
Reichsverbandes ist nun als ein Gutachten nicht sowohl
von Sachverständigen, sondern auch von Interessent-
en darüber zu würdigen, in welcher Art und in wel-
chem Umfange sie selbst eine solche Heranziehung für
möglich halten. Welcher erscheint die Neuerung nicht
in der Form eines wirtschaftlichen Gutachtens der In-
dustrie, sondern als „Erklärung“ und „Stellungnahme“
gegenüber der Regierung, verbunden mit „Vorausset-
zungen“ von inner- und wirtschaftspolitischer Bedeu-
tung weittragender Natur. Die Form des Schreibens
erweckt den Anschein, als handele es sich um eine po-
litische Aktion eines wirtschaftlichen Interessenverban-
des und um eine unmittelbare Mitwirkung an Regie-
rungsakten. Diese Angehörigkeit in der Form geht
so weit, daß die Regierung zwischen den Zeilen, aber
doch sehr deutlich den Vorwurf erhält, daß das „Prä-
sidium“ (des Reichsverbandes) bei dem Zustandekommen
der obigen Note (vom 2. Mai) nicht mitgewirkt hat.

Die Reichsregierung selbst hat das Bedürfnis zu
dem offiziellen Hinweis gehabt, daß bei ihr allein die
Entscheidung über die der deutschen Wirtschaft anzu-
stehenden Opfer liege. Es muß zugunsten der Regie-
rung angenommen werden, daß sie ihrerseits das Urteil
des Reichsverbandes zunächst intern behandeln und der
Öffentlichkeit erst dann zugänglich machen wollte, wenn
sie selbst zu einer Entscheidung über die von ihr zu
treffenden gesetzmäßigen und diplomatischen Maß-
nahmen gelangt sein würde. Die Indiskretion der Ver-
öffentlichung des Schreibens des Reichsverbandes in
der französischen Presse zwang zur Bekanntgabe an
einem innen- und außenpolitisch hierzu noch nicht fei-
len Zeitpunkt. Damit wird die große Zahl hart um-
strittener innerer Probleme: Aufhebung der Zwangs-
wirtschaft, Währungsnot, Stabilisierung der Währung,
Wirtschaftlichkeit der Staatsbetriebe, Reform der Steuer-
gesetzgebung, in einer die Dinge äußerst komplizierenden
Weise in die politische Debatte geworfen. Solch zwan-
genmäßiger wäre es gewesen, wenn die Regierung ihrer-
seits bei Einbringung der zur gesetzlichen Fixierung
der wirtschaftlichen Garantieleistungen erforderlichen
Vorlagen sich in programmativen Ausführungen zu
den von ihr beabsichtigten Art der praktischen Behand-
lung dieser Probleme geäußert hätte. Es wäre dann

auch der Schein vermieden worden, als handele die Re-
gierung auf einseitiges Geschrei seines Wirtschaftsüber-
bandes. Tatsächlich liegt diese Bindung nicht vor. Im
Gegenteil. Ueber die Maßnahmen, die zur Sicherung
der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unent-
behrlich sind, herrscht zwischen der Regierung und den
von der deutschen Volkspartei herkommenden Erdmün-
den in den Grundzügen vollkommene Übereinstimmung,
nachdem durch die deutsche Note vom 14. Nov. 1922
unter Zustimmung der Sozialdemokraten die innerwirt-
schaftlichen Voraussetzungen festgelegt worden sind, die
zur zufriedenstellenden Lösung der Reparationsfrage
unerlässlich sind. Sie im gegenwärtigen Augenblick in
der Form in den Vordergrund zu rücken, in der dies
in dem Schreiben des Reichsverbandes geschieht, war
mindestens eine wenig kluge Taktik. Aber über diesen
taktischen Fehler soll man doch den Kernpunkt des An-
gebotes, die Garantie von jährlich 1/2 Milliarde Gold-
mark, nicht aus dem Auge verlieren.

Es ist zu hoffen, daß auch die übrigen Wirtschaftskräfte
Deutschlands, die Landwirtschaft, der Handel und
die Finanzwelt ihre Oberwilligkeit bekunden werden.
Denn die Erkenntnis wird sich auch bei denen, die nicht

genug die sogenannte Erfüllungspflicht schmähern konn-
ten, jetzt durchgerungen haben, daß es ohne schwere Op-
fer für uns keinen Weg zur Freiheit gibt. Der Regie-
rung aber kann man nur von Herzen wünschen, daß
sie ihrerseits einen raschen Entschluß finden und einen
allfälligen Wurf bei ihrer Antworthaltung haben möge.
Ein Blick auf die innere Lage Deutschlands zeigt, wie
bitter wir uns eine baldige Entlastung von dem un-
gehörmlichen äußeren Druck und eine baldige endgültige
Befreiung der Reparationsleistungen tun. Die Welle
der Preissteigerungen, die sich selbst überschlagen,
über Deutschland dahinflutet, das Herabsinken der Mark
auf das Niveau der österreichischen Krone und die da-
durch bedingte ungesunde Verteuerung der Lebenshal-
tung und der Produktion haben eine starke nervöse
Spannung erzeugt, die an verschiedenen Stellen bereits
zur Entladung gefähert hat. Es gibt für destruktive
Kräfte keinen günstigeren Nährboden als solche Zustände.
Die Ereignisse in Sachsen und in den Großstädten des
Ruhrgebietes haben dies mit dickerer Deutlichkeit gezeigt.
Gesellen sich aber zum außenpolitischen Druck erst schwe-
rere innerpolitische Aufgaben, dann ist es nur noch
eine kleine Spanne bis zu dem tragischen: „zu spät“.

Das „herzliche Einvernehmen“

Belgische Forderungen.

In Pariser politischen Kreisen verlautet, Belgi-
en habe seiner Forderung nach beschleunigtem Mel-
nungsaustausch mit Frankreich über die Ausarbeitung
eines gemeinsamen Reparationsprogramms dadurch
Nachdruck verliehen, daß es im Falle eines weiteren fran-
zösischen Aushandens mit Zurückziehung seiner Truppen
aus dem Ruhrgebiet gedroht habe.

England im Hintergrund.

Nach Mitteilung in der Presse hat England am
5. Mai dem belgischen Botschafter in einer dramatischen
Unterhaltung offiziell zu verstehen gegeben, daß Belgien
zwischen der Freundschaft Englands und der Fortsetzung
der französisch-belgischen Sonderaktion wählen müsse.
Am 17. Mai hat Lord Curzon mit dem belgischen Bot-
schafter eine neue entscheidende Unterredung gehabt, als
deren Ergebnis die belgischen Veröffentlichungen an
Frankreich zu betrachten seien.

MacKenna sagt Hilfe zu.

Die „Times“ melden, die in London gewesene deut-
sche Finanzkommission hat das Versprechen MacKennas
mitgenommen, daß Großbritannien eine finanzielle
Hilfe für Deutschland wohl erörtern und begünstigen
wolle, jedoch nur in Übereinstimmung mit den übrige
Mitgliedern. Zunächst will MacKenna die deutsche
Antworthaltung abwarten. Der Besuch der deutschen Her-
ren beim Schatzkanzler am Donnerstag dauerte fast zwei
Stunden.

Mussolini wünscht eine internationalisierte Konferenz.

Die italienische Regierung verhält sich in dieser
Angelegenheit ebenso neutral wie London. Dagegen
scheint richtig zu sein, daß Mussolini beabsichtigt, nach
Ueberreichung der deutschen Note und vorausgesetzt, daß
diese bestimmte Erwartungen erfüllt, für eine inter-
nationalisierte Konferenz einzutreten, die versuchen soll, eine
gemeinsame Aussprache der Alliierten in der Repara-
tionsfrage zu erzielen.

Auch eine Ruhrbilanz.

648 Jahre Kerker 1 1/2 Milliarden Mark Geldbußen.
Die französischen und belgischen Kriegsgerichte ha-
ben nach den bisher bestätigten Meldungen seit dem
Ruhrverstoß bis Mitte Mai über Reichsbeamte, preu-
sische, bayerische, sächsische und badische Staats- und Ge-
meindebeamte Freiheitsstrafen in einer Gesamthöhe von
443 Jahren, 8 Monaten, 18 Tagen und Geldstrafen
im Gesamtbetrag von 464 545 000 Mark und 2850
Franken verhängt.

Im einzelnen entfallen auf:
Reichspostverwaltung 60 Jahre 7 Monate 27 Tage
Freiheitsstrafen, 78 031 000 Mark 2150 Franken Geld-
strafen, Reichsfinanzverwaltung 47 Jahre 6 Monate
9 Tage Freiheitsstrafen, 134 790 000 Mark Geldstrafen.
Reichsverkehrsverwaltung 102 Jahre 3 Monate
Freiheitsstrafen, 28 569 000 Mark 200 Franken Geld-
strafen.
Preussische Verwaltung 102 Jahre 23 Monate 16
Tage Freiheitsstrafen, 152 515 000 Mark Geldstrafen.
Bayrische Verwaltung 60 Jahre Freiheitsstrafen,
50 000 000 Mark Geldstrafen.
Sächsische Verwaltung 4 Jahre 6 Monate 99 Tage
Freiheitsstrafen, 30 385 000 Mark Geldstrafen.
Badische Verwaltung 4 Jahre 7 Monate 15 Tage

Freiheitsstrafen, 305 000 Mk. 500 Fr. Geldstrafen.

Ueber die gegen Privatpersonen ausgesproche-
nen Verurteilungen liegen noch keine abschließenden
Bilder vor. Rechnet man allein die Strafen des Krupp-
Prozesses und des Düsseldorf-Kriegsgerichtsurteils
hinzu, so kommt man schon zu folgenden Biffer:

Freiheitsstrafen in einer Gesamthöhe von 648
Jahren, 8/9 Monaten und Geldstrafen in einer
Gesamthöhe von 1 314 545 000 Mk. und 2850 Franken.

Außerdem: Zum Tode verurteilt 1.

Zu lebenslänglicher Zwangsarbeit 1.

Die japanische Presse zum Ruhrverstoß.

Die Tokioer Blätter haben in ihrer Einstellung ge-
genüber dem Vorgehen der Franzosen und Belgier im
Ruhrgebiet keine Veränderung gegenüber ihrer bisher-
gen Haltung vorgenommen.

Die „Mitschi“ (unabhängiges Organ, meist unfreund-
lich gegen Deutschland) stellt fest, daß wirtschaftlich und
finanziell das französische Unternehmen ein Fehl-
schlag sei. Die Zeitung betont, daß von deutscher
wie auch von französischer Seite mit größter Hartnäckig-
keit gekämpft werde. Die Aussichten auf eine baldige
Lösung seien jedoch recht gering, wenn man auch man-
ches Beizeiten zu einer gegenseitigen Verständigung be-
merken könne.

„Jiji“ (unabhängiges Organ, anglophil) tritt we-
terhin für eine baldige Einberufung einer internatio-
nalen Konferenz durch England und die Vereinigten
Staaten zur Lösung der Ruhrfrage ein, die das Bild
bilde, an dem der wirtschaftliche Wiederaufbau der Welt
scheiterte.

„Shuo“ (Organ der Liberalen, neutral gegenüber
Deutschland) vertritt die Auffassung, daß in der Ruhr-
frage ein anderer Kurs eingeschlagen worden wäre,
wenn die Vereinigten Staaten dem Völkerverbund ange-
hörten.

„Mitschi“ (unabhängiges Organ, früher Deutsch-
land abfällig kritisierend) wünscht eine Stärkung des
Völkerverbundes, der dem Weltstreit der Großindustrien
einer der Ursachen des Weltkrieges und ebenso jetzt
der Ruhrbesetzung. Inhalt zu geblieben vermächte.

Ruhrverstoß und lothringische Industrie.

Der Minister für öffentliche Arbeiten de Trocquer
hatte kürzlich eine eingehende Besprechung mit Indu-
striellen des Saarreviers und Lothringens. Die Dis-
kussion drehte sich besonders um die zunehmenden
Schwierigkeiten wegen des Kohlemangels infolge der
Ruhrbesetzung. Es ergab sich, daß die Industriellen
in Lothringen vom 1. Juni ab 180 Franken für die
Tonne Kohle bezahlen müssen, wodurch sie so gut wie
konkurrenzunfähig würden. Die Saarindustriellen
beklagten sich besonders über die viel zu hohen
Erzpreise. Der Minister war nicht in der Lage, vorläufige
Abhilfe in Aussicht zu stellen. Er ordnete eine
genaue amtliche Nachprüfung der ihm gemachten An-
gaben an, um dann diesbezüglich anderweitig den Industriel-
len entgegenzukommen.

Kommunistenputsche und der deutsche Widerstand.

Die Beamten gegen die Vertikalisierung.

Die Beamtenarbeitsgemeinschaft an Rhein und
Ruhr, in der alle maßgebenden Beamtenorganisationen
zu gemeinsamer Arbeit während des Ruhrverstoßes
zusammengeschlossen sind, fasste in der letzten Sitzung
zur Lage im Ruhrgebiet eine Entschließung, in

171 178
223
000 000
1944

SLUB
Wir führen Wissen.